



[www.laender-analysen.de/ukraine](http://www.laender-analysen.de/ukraine)

## WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG WIRTSCHAFTSKRISE IN DER OBLAST LUHANSK

■ ANALYSE		
Wahljahr 2019: Wirtschaftspolitische Kontroversen trotz gelungener Stabilisierung Von Gunter Deuber (Raiffeisen Bank International AG, Wien)		2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Kennzahlen zu Wirtschaft und Finanzmarkt		6
■ ANALYSE		
An der Grenze: Krieg und Industriekrise in der Oblast Luhansk Von Brian Milakovsky (Sjewerodonezk)		10
■ CHRONIK		
21. Januar – 10. Februar 2019		14

## Wahljahr 2019: Wirtschaftspolitische Kontroversen trotz gelungener Stabilisierung

Von Gunter Deuber (Raiffeisen Bank International AG, Wien)

### Zusammenfassung

Wirtschaftlich steht die Ukraine vor einem herausfordernden Jahr 2019, was nach außen hin verwunderlich erscheint. Denn 2018 wurde der höchste BIP-Zuwachs seit Jahren verbucht, bei der makrofinanziellen Stabilisierung ist beachtlicher Fortschritt offenkundig. Allerdings wurde letzterer vor allem durch orthodox-restriktive oder »wirtschaftsliberal« gescholtene Maßnahmen erreicht. Auch hat sich der Lebensstandard in den letzten Jahren nicht spürbar verbessert. Zudem konnte bei wichtigen institutionellen Reformen – trotz partieller Besserung – kein Durchbruch erzielt werden. Das skizzierte Gesamtbild erklärt, warum der Internationale Währungsfonds (IWF) und die internationale Staatengemeinschaft weiter auf (Unter-)Stützung der Ukraine setzen, dies aber mit Vorbehalt. Zudem bergen die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen großes Potenzial für wirtschaftspolitischen Populismus und Kursänderungen. Aktuelle Verantwortungsträger könnten dazu neigen, den Konsolidierungskurs mit weniger Bestimmtheit zu verfolgen, Herausforderer werben mit einem wirtschaftspolitischen Neuanfang.

### Beachtliche wirtschaftspolitische Stabilisierungserfolge prägen die letzten Jahre

Nach dem heftigen Wirtschaftseinbruch in 2014/2015 (kumulierter BIP-Rückgang von fast 15 Prozent) ist es in den letzten Jahren gelungen, reale BIP-Zuwachsraten von 2–3 Prozent zu erzielen. Im vergangenen Jahr wurde mit 3,2 Prozent sogar das höchste Wirtschaftswachstum seit sieben Jahren verbucht. Gerade letztes Jahr entwickelten sich die Investitionen sowie die Binnennachfrage stärker als erwartet, unterstützt durch wieder stärker steigende Löhne, einen hohen Zufluss an Auslandsüberweisungen und eine graduelle Erholung der Kreditvergabe. Insofern zeitigt die harte Restrukturierung des Bankensektors (inklusive der Privatbank-Verstaatlichung), der 2018 erstmals seit Jahren wieder profitabel agieren konnte, erste Erfolge.

Angesichts der skizzierten Trends wurden teils auch achtsamere Prognosen übertroffen, die der Ukraine kurzfristig kaum ein Wachstumspotenzial von mehr als 2 Prozent zugeschrieben haben. In Fremdwährung gerechnet überstieg die Wirtschaftskraft des Landes zum Jahresende sogar wieder den Wert von 2014. Der akzeptable Zuwachs an Wirtschaftsleistung der letzten Jahre ging zudem mit sinkenden Schulden einher. Das ist ein Novum in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte. Die Staatsschuldenquote konnte seit dem Hoch (2015) um 25 Prozentpunkte, auf knapp 60 Prozent des BIP, gesenkt werden. Ausschlaggebend hierfür war, dass das Budgetdefizit über Jahre bei etwa 2 Prozent des BIP gehalten werden konnte. In der letzten Dekade ist es nicht gelungen, so eine fiskalische Nachhaltigkeit zu bewahren; solche Defizitwerte konnten nur zeitweilig und bei höherem Wirtschaftswachstum erzielt werden.

Auch die Auslandsschulden sind in den letzten Jahren von in der Spitze fast 150 Prozent des BIP auf ca. 80 Prozent gedrückt worden.

Der Entschuldungs- und Stabilisierungskurs hat dazu beigetragen, dass aktuell keine handfesten wirtschaftlichen Ungleichgewichte erkennbar sind. Die Inflation befindet sich auf akzeptablen einstelligen Niveaus und könnte dieses Jahr noch weiter auf sechs bis sieben Prozent sinken. Begünstigt wurden die Disinflation und das Nichtentstehen von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten durch eine restriktive Geldpolitik, also ein Leitzinsniveau deutlich über der Inflation. Dieser geldpolitische Kurs der Nationalbank der Ukraine (NBU), mit einem hohen Realzinsniveau bzw. einem Fokus auf die Inflationssteuerung, deutet auf ein Primat der Stabilisierung hin, nicht der Wachstumsstimulierung. Das Leistungsbilanzdefizit verharrt daher, genauso wie das Fiskaldefizit, schon für eine längere Zeit auf kurzfristig tragfähigen Niveaus. Die makroökonomische Stabilisierung hat im Zusammenspiel mit einer restriktiven Geldpolitik begünstigt, dass der Hrywnja-Wechselkurs 2017 und 2018 vergleichsweise stabil geblieben ist. Dies ist vor dem Hintergrund der letztjährigen starken Währungsschwankungen in anderen Schwellenländern und der zeitweisen Unsicherheit bezüglich der weiteren Kooperation zwischen der Ukraine und dem IWF im zweiten Halbjahr 2018 beachtlich. Allerdings musste die NBU 2018 mit maßvollen Zinserhöhungen, von hohen 16 Prozent auf 18 Prozent, auch leicht gegensteuern. Wobei NBU-Kritiker mutmaßen, dass durch die Zinserhöhungen die lokale Politik in ein neues IWF-Abkommen geschoben werden sollte.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass derzeit eine wirtschaftspolitische Konstanz gegeben ist und die Ukraine

angesichts der skizzierten Besserungen etwas weniger anfällig ist in Bezug auf kurzfristige externe Schocks. Wobei einige Indikatoren der makrofinanziellen Verwundbarkeit weiter in besorgniserregend schwachem Terrain verharren (z. B. der Devisenreservebestand, der Importdeckungsgrad durch Devisenreserven oder der relativ hohe Schuldenstand in Relation zu Vergleichsländern). Insofern sehen die international führenden Ratingagenturen die Ukraine weiterhin als sehr verwundbares Land mit einer geringen Resilienz an, auch wenn sie ihre Bonitätseinstufung 2018 teils leicht verbessert haben.

Angesichts des aus Stabilisierungs- und Investorensicht adäquaten NBU-Kurses ist es nicht verwunderlich, dass Finanzmarktinvestoren mit hohem Risikoappetit wieder Ukraine-Investitionen vornehmen – wenn auch in überschaubarem Ausmaß. Dem Finanzministerium ist es so gelungen, 2017 und 2018 mit großvolumigen Anleihen an den internationalen Finanzmarkt zurückzukehren und so ukrainischen Firmen wieder den internationalen Fremdkapitalmarkt zu öffnen. Auch 2019 will man international gehandelte Staatspapiere im Wert von zwei Milliarden US-Dollar platzieren. Zudem investierten internationale Anleger, vor dem Hintergrund der Stabilität von Wirtschaftspolitik und Währung sowie des hohen Zinsniveaus, in 2018 verstärkt in Hrywnja-Staatsanleihen. Als Voraussetzung wurden die gesetzlichen Bestimmungen für solche Investitionen von ausländischen Kapitalgebern in den letzten Jahren angepasst. Noch im ersten Quartal 2019 will die internationale Zentralverwahrstelle Clearstream (der Deutschen Börse Gruppe) gemeinsam mit der NBU ukrainische Staatspapiere in dieses Zahlungs- und Abwicklungssystem integrieren. Über dieses internationale System werden die Abwicklung der Hrywnja-Staatsanleihen ermöglicht, internationale Standards in diesem Marktsegment etabliert und zugleich Kosten für Investoren gesenkt. So wäre die Ukraine in Zukunft weniger auf die Platzierung von großvolumigen Fremdwährungsanleihen angewiesen, der lokale Kapitalmarkt könnte sich entwickeln und die Resilienz des Landes würde sich durch mehr Lokalwährungsfinanzierung erhöhen. Die Entwicklung des Hrywnja-Anleihemarktes unterstützten in den letzten Jahren auch aktiv supranationale und nationale Entwicklungsbanken (wie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) oder die niederländische Entwicklungsbank), indem sie Anleihen auf ihren Namen in Hrywnja begeben haben. Auch risikoorientierte Wagniskapitalinvestoren mit Ukraine-Engagements verzeichnen derzeit beachtliche Zuflüsse. Allerdings ist bei großvolumigeren Ausländischen Direktinvestitionen – trotz zunehmender Ausrichtung des Außenhandels auf die EU und

Gültigkeit des tiefen und umfassenden Freihandelsabkommen mit der EU seit 2016 – bis dato noch kein eindeutiger Anstieg erkennbar. Insofern sind ausländische Eigenkapitalinvestoren offenbar noch zögerlicher, als Fremdkapitalinvestoren. Auch der Zufluss an Gastarbeiter-Rücküberweisungen (derzeit geschätzt auf ca. 10 Milliarden Euro pro Jahr) ist höher als der Zufluss an Ausländischen Direktinvestitionen.

### **Positive gesamtwirtschaftliche Bilanz der Amtszeit Poroschenko ...**

Zusätzlich zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung wurden in den letzten Jahren einige »technokratische« wirtschaftspolitische Reformen graduell und erfolgreich implementiert (z. B. Sanierung des Bankensektors, Festigung der politischen Unabhängigkeit der NBU, Transition zu flexiblem Wechselkurs, Entwicklung des lokalen Kapitalmarktes) und teils sogar Umbrüche ohne massive gesamtwirtschaftliche Schäden vollzogen. Etwa ist in den letzten Jahren eine beachtliche Handelsumlenkung in Richtung EU erfolgt.

Versucht man eine gesamtwirtschaftliche Bilanz der Amtszeit von Präsident Poroschenko zu ziehen, dann ist festzustellen: Die letzten fünf Jahre können gemäß Indikatoren der makrofinanziellen Stabilität und auch der handelspolitischen Ausrichtung durchaus als die erfolgreichste Periode der letzten 10–15 Jahre angesehen werden. Diese Quintessenz lässt sich durch die Auswertung von fünfzehn relevanten Faktoren absichern. Hierfür wurden jeweils die entsprechenden Werte für die Perioden 2005 bis 2010, 2010 bis 2014/2015 und 2014/2015 bis 2019 herangezogen. Zur Bewertung wurden folgende Indikatoren herangezogen: BIP-Wachstum, Inflation, Budgetsaldo, Leistungsbilanz, Arbeitslosigkeit, kurzfristiger Realzins, Umfang der Disinflation, Veränderung der Arbeitslosigkeit, Veränderung der Schulden der öffentlichen Hand und im Ausland, Veränderung des nominalen BIP, Wohlstand in Relation zur EU, die Außenhandelsverflechtungen jeweils mit Russland und der EU sowie das externe Umfeld (BIP-Wachstum in Russland und der EU). Vergibt man in jeder Kategorie für die drei Perioden jeweils eine »Note« von 1–3 (1=gut, 3=befriedigend; je nach Skalierung des Indikators), dann errechnet sich für 2014/2015 bis 2019 ein Durchschnittswert von 1,6; für 2010 bis 2014/2015 ein Wert von 2,3 und für die Periode von 2005 bis 2010 ein Wert von 1,9.

Das ermittelte Ranking zeigt aber auch: Die Gesamtbewertung fällt nicht sehr eindeutig aus. Dies liegt vor allem an der Entwicklung der Arbeitslosenquote, dem absoluten Niveau der Wirtschaftskraft sowie dem Wohlstandsniveau in Relation zu Westeuropa bzw. der Eurozone in der Periode 2014/2015 bis 2019. Bezüglich des

letzten Indikatoren wurden in den letzten 1–2 Jahren sogar absolute Tiefstwerte von unter 20 Prozent erreicht; womit der Wunsch einer EU-Beitrittsperspektive bis 2024, wie vom amtierenden Präsidenten formuliert, fast utopisch erscheint (derzeit glaubwürdige EU-Kandidatenländer weisen bezogen auf diesen relativen Wohlstandsindikator immerhin Werte von 35–40 Prozent auf). Zudem ist zu beachten: Der Stabilisierungserfolg ist nicht nur selbstgemacht, sondern basiert auch auf einer massiven externen finanziellen Unterstützung (inklusive einer beachtlichen Auslandschuldenrestrukturierung in 2015), die wiederum auch die Währung und Leistungsbilanz stabilisiert. Insofern sollte man die vorsichtig optimistische wirtschaftspolitische Erfolgsbilanz der Periode 2014/2015 bis 2019 nicht zu stark einzelnen heimischen Akteuren zuschreiben, sei es dem Präsidenten oder auch der Nationalbank.

### ... mit begrenzter Breitenwirkung nährt Wunsch nach »Neuanfang«

Angesichts der differenziert zu bewertenden wirtschaftlichen Bilanz der letzten Jahre ist es auch verständlich, dass eine gewisse »Austeritätsmüdigkeit« spürbar ist. Teils bezieht sich diese »Austeritätsmüdigkeit« auf den Sparkurs im öffentlichen Sektor oder die massiven Gas- bzw. Energiepreisanhebungen der letzten Jahre. Kritiker hinterfragen z. B. die Notwendigkeit, die Energiepreise für Haushalte an das Importpreinsniveau anzuheben, solange der heimische Energiebedarf der Privathaushalte aus heimischen Quellen gedeckt wird. Angesichts der »Austeritätsmüdigkeit« ist es auch nicht verwunderlich, dass der Budgetentwurf für 2019 etwa eine merkliche Anhebung des Mindestlohns beinhaltet. Der gerade offiziell bestätigte Präsidentschaftskandidat Poroschenko wird nicht müde zu betonen, dass »[...] *statistische Daten zwar nicht mit der Stimmung und dem Gefühl der Menschen übereinstimmen, es aber klar ist, dass das Schlimmste hinter uns liegt*« und er den sozialen Aspekt in einer zweiten Amtszeit betonen würde. Gegenkandidaten werben mit dem Versprechen, in wenigen Jahren das polnische Lohnniveau zu erreichen, welches derzeit fünfmal (!) höher liegt als in der Ukraine (ca. 1.000 Euro in Polen vs. 200 Euro in der Ukraine).

Vor allem die restriktive Geldpolitik der letzten Jahre provoziert Kritik auf nationaler und teils auch auf internationaler Ebene. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass eine Abkehr vom aktuellen wirtschaftspolitischen Politikmix, der auch der IWF-Kooperation zugeschrieben wird, durchaus Teil der (innen-)politischen Diskussion ist. Mit Blick auf die Präsidentschaftswahl werben Poroschenkos Herausforderer unter anderem damit, Bausteine der makrofinanziellen Stabilisierungsagenda (Notenbankunabhängigkeit, IWF-Kooperation) zumin-

dest teilweise in Frage zu stellen. Zumal angesichts der erfolgreichen ökonomischen Stabilisierung gemäß solchen Denkmustern Spielraum für wirtschaftspopulistische Experimente besteht, während die Politikspielräume in der Außen- und Sicherheitspolitik begrenzt sind. Als größte politische Risikofaktoren sehen reformorientierte Akteure im Land, der IWF oder Auslandsinvestoren die Wahl eines sozialpopulistisch agierenden Präsidenten, eine möglicherweise daraus resultierende andauernde Konfrontation mit dem Parlament (vor und nach den Wahlen im Herbst) oder einen wieder wachsenden Einfluss der Oligarchen im Parlament (und der daraus resultierenden Klientelpolitik) an.

Angesichts schleppender institutioneller Reformen (immerhin lag das vorige IWF-Abkommen auch deswegen seit April 2017 auf Eis), des breiten Spektrums an möglichen Wahlergebnissen – v. a. bei den Präsidentschaftswahlen – sowie dem erkennbaren Hinterfragen der wirtschaftspolitischen Agenda der letzten Jahre ist verständlich, warum der IWF der Ukraine zum Jahresende 2018 nur eine sehr begrenzte Unterstützung auf Zeit hat zukommen lassen. Das derzeitige, auf 14 Monate angelegte IWF-Abkommen (mit Unterstützung im Bereich von 3,9 Milliarden US-Dollar), stellt nur eine Minimalabsicherung dar, die für beide Seiten gerade noch tragbar ist. Einerseits steht der IWF »nur« für einen kurzen Zeitraum als Unterstützer bereit, andererseits ist damit auch die Konditionalität etwas schwächer. Zudem lässt sich der IWF so die Option offen, Druck aufzubauen, falls es einen Zug zu wirtschaftspolitischem Populismus gibt. Denn die Ukraine muss wohl schon im zweiten Halbjahr 2019 bzw. zumindest bis zum Jahresende 2019 Klarheit darüber herstellen, wie es mit der IWF-Kooperation weitergeht. Es scheint kaum möglich, dass die Ukraine nach dem Auslaufen des aktuellen Abkommens ab 2020 gänzlich ohne IWF-Absicherung auskommen kann. Zudem wurde auch 2018 wieder deutlich, dass die internationale Staatengemeinschaft und vor allem die EU ihre (weiteren) Unterstützungshilfen für die Ukraine an die IWF-Kooperation koppeln. Derzeit ist nicht erkennbar, dass diese Verknüpfung prinzipiell aufgelöst werden wird.

Immerhin ermöglicht die limitierte IWF-Unterstützung es der Ukraine, sich teilweise am internationalen Kapitalmarkt, teils auch lokal, zu refinanzieren. Wobei internationale Ukraine-Anleihen trotzdem weiter klar im Segment der hochriskanten Emerging-Markets-Staatsanleihen gehandelt werden. In Bezug auf aktuelle Marktpreise sind hier eher Anleihen von konfliktbelasteten Staaten (innenpolitisch und/oder außenpolitisch) Vergleichsmaßstäbe, d. h. US-Dollar Anleihen der Ukraine werden am Finanzmarkt ähnlich gepreist wie solche Wertpapiere aus dem Irak, Ägypten oder Pakis-

tan. Somit wird auch deutlich, dass am Markt in Bezug auf die Ukraine wohl nicht nur ökonomische Risiken gepreist werden. Immerhin könnten die anstehenden Wahlen auch Auswirkungen auf die innenpolitische Stabilität und/oder die Konfliktlage in der Ostukraine haben. Auch besteht das Risiko einer versuchten Einflussnahme Russlands auf die Wahlen. Eine solche Einflussnahme könnte vor dem Hintergrund der skizzierten Stimmungslage sowie der Fragmentierung des (partei-)politischen Spektrums brisant werden. Insofern ist es auch nicht erstaunlich, dass am internationalen Finanzmarkt gerade im zweiten Halbjahr 2018 und auch nach der Eskalation im Asowschen Meer eine deutlich vorsichtigeren Investorenhaltung in Bezug auf die Ukraine erkennbar war. Bei spezialisierten globalen Risikobewertungsagenturen wird die Ukraine, unter Berücksichtigung des Wahlkalenders in 2019, teils unter den globalen Top-10 Risiken geführt.

### **Fazit: Wirtschaftspolitischer Neuanfang notwendig?**

Rational und längerfristig gedacht scheint in vielen Bereichen der Wirtschaftspolitik kein wirklicher Neuanfang angezeigt. Eher gilt es, die Erfolge der letzten Jahre zu bewahren. Zumal die Ukraine weiterhin substantiell auf externe finanzielle Unterstützung und Investitionen von internationalen Finanzinstitutionen, aber auch von (Risiko-)Kapitalgebern angewiesen ist. Des Weiteren sind einige der thematisierten »technokratischen« Reformagenden noch nicht abgeschlossen. Etwa steht die Entwicklung des lokalen Kapitalmarktes noch ganz am Anfang, im Bereich der Bankensektor-Restrukturierung wird es noch Zeit brauchen, bis eine Reprivatisierung der Privatbank möglich ist. Und für Erfolge in diesen Bereichen ist weitere makroökonomi-

sche Stabilität eine zentrale Voraussetzung. Des Weiteren existieren abseits der genannten politischen Risiken (Wahlen mit Risiko des Kurswechsels, Möglichkeit der Blockade zwischen Präsident und Parlament, potenzielle Einmischung Russlands) einige mittelfristige gesamtwirtschaftliche Risiken. Etwa könnte sich das Leistungsbilanzdefizit, je nach Ausgang der Gastransitgebührenfrage bzw. der Nord Stream 2 Thematik, mittelfristig wieder ausweiten. Zudem könnte ein Wirtschaftsabschwung in Westeuropa und eben auch Polen die Rücküberweisungen der Gastarbeiter geringer ausfallen lassen. Angesichts weiterbestehender Verwundbarkeiten kann sich die Ukraine derzeit noch nicht allzu viel wirtschaftspolitische Laxheit erlauben. Wie in dem vorliegenden Beitrag dargelegt, wäre es daher erstrebenswert, massive wirtschaftspolitische Kehrtwenden zu vermeiden. Ansonsten wird es schwierig sein, die Früchte der erfolgten makroökonomischen Anpassung und Konsolidierung in den kommenden Jahren zu ernten. Sollte es aber im laufenden Jahr gelingen, die Stabilisierungserfolge der letzten Jahre zu bewahren, dann könnte es mittelfristig möglich sein, eine weniger auf Austerität und hohe Realzinsen ausgerichtete Fiskal- und Geldpolitik zu verfolgen.

Die Unsicherheit in Bezug auf personelle Weichenstellungen (v. a. auch die Präsidentschaftswahl) und die daraus resultierende wirtschaftspolitische Unsicherheit zeigen exemplarisch einen der größten Schwachpunkte des Landes: Das Handeln im politischen System der Ukraine ist noch viel zu abhängig von Einzelpersonen. Zumal angesichts der schwachen institutionellen Umgestaltung der letzten Jahre neben wirtschaftspolitischen Experimenten nach den Präsidentschaftswahlen derzeit auch ein steigender Einfluss der Oligarchen nach den Parlamentswahlen befürchtet wird.

#### *Über den Autor:*

Gunter Deuber leitet die Abteilung Volkswirtschaft, Zinsen, Währungen bei der auf Osteuropa und auch die Ukraine spezialisierten »Raiffeisen Bank International AG« in Wien. Der vorliegende Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die Ansicht der RBI AG wieder.

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

## Kennzahlen zu Wirtschaft und Finanzmarkt

Tabelle 1: Wirtschaftsdaten der Ukraine 2005–2019

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019e	Trend
Reales BIP (% gg. Vj.)	2,6	7,3	7,9	2,3	-14,8	4,1	5,5	0,2	0,0	-6,6	-9,8	2,4	2,5	3,2	2,7	
Nominales BIP (EUR Mrd.)	72	89	109	129	84	102	117	135	135	100	82	84	99	111	122	
Erzeugerpreise (Durchschnitt, % gg. Vj.)	16,7	9,6	19,5	35,5	6,6	20,9	19,0	3,6	-0,1	17,1	36,0	20,5	26,3	18,1	15,5	
Verbraucherpreise (Durchschnitt, % gg. Vj.)	13,5	9,1	12,8	25,2	15,9	9,4	8,0	0,6	-0,2	12,1	48,7	13,9	14,5	11,1	9,5	
Arbeitslosen- quote (Durchschnitt, %)	7,2	6,8	6,4	6,4	8,8	8,9	8,7	8,2	7,3	9,3	9,1	9,3	9,5	9,0	8,7	
Gesamthaushalts- saldo (% des BIP)	-1,8	-0,7	-1,1	-1,5	-8,7	-6,0	-1,8	-3,8	-4,4	-4,9	-2,3	-2,9	-1,6	-2,0	-2,3	
Öffentliche Ver- schuldung (% des BIP)	17,7	14,8	12,3	20,0	34,6	40,0	36,4	37,1	40,7	69,0	79,1	80,9	71,8	62,9	59,5	
Leistungsbilanz (% des BIP)	2,8	-1,4	-3,5	-6,7	-1,5	-2,2	-6,3	-8,2	-9,2	-3,5	1,8	-1,4	-2,2	-3,7	-3,2	
Offizielle Devisen- reserven (Mrd. EUR)	16	17	22	23	18	26	24	19	15	6	12	15	16	18	15	
Bruttoauslands- verschuldung (% des BIP)	44,2	48,6	53,6	53,7	87,8	86,4	77,6	76,5	79,3	95,2	144,3	130,6	92,6	84,1	80,9	
EUR/UAH (Periodenende)	6,0	6,7	7,4	10,7	11,5	10,7	10,4	10,6	11,4	19,1	26,1	28,6	33,7	31,7	35,7	
Leitzins (Durchschnitt, %)	9,2	8,9	8,2	11,5	11,1	9,0	7,8	7,5	7,0	10,5	24,9	17,3	13,3	17,3	17,0	

e = Prognose

Quelle: nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH

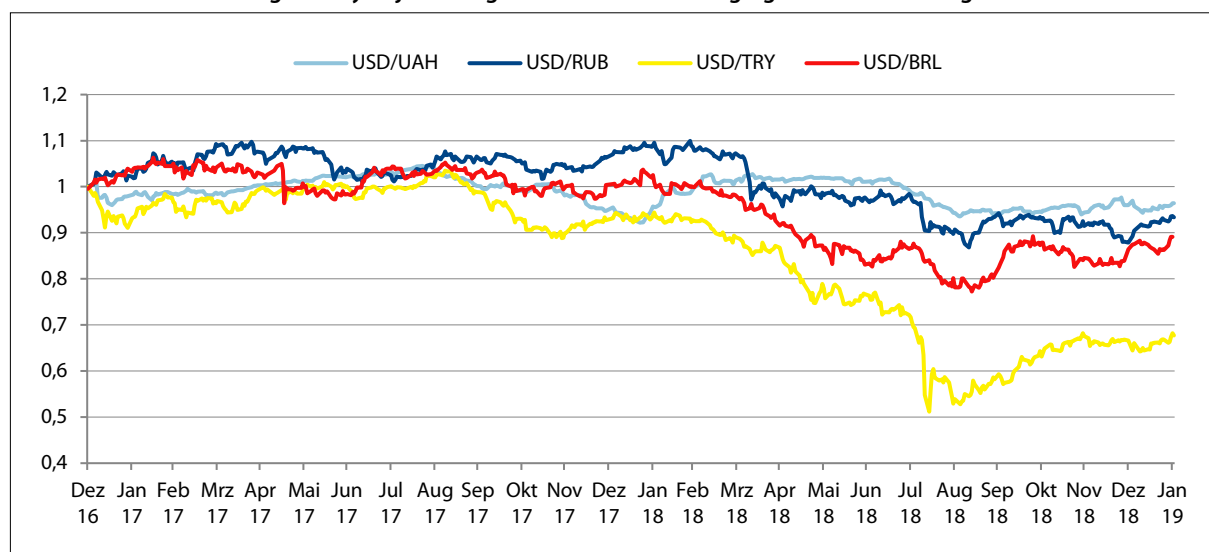
Tabelle 2: Vergleich Wirtschaftsdaten in 5-Jahres- bzw. Präsidentschaftsperioden

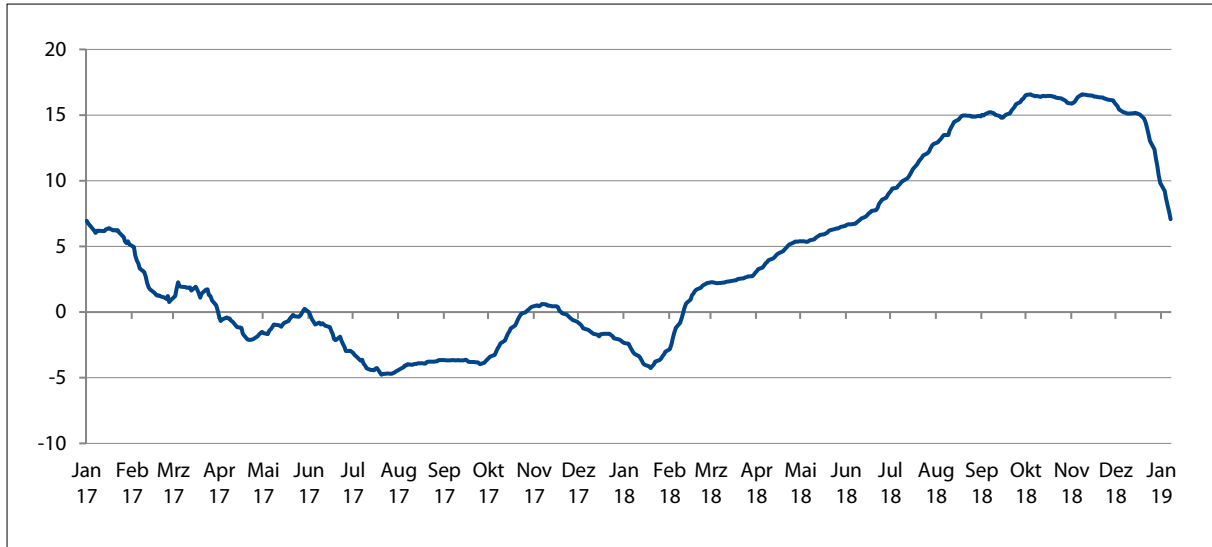
	2005–2010	Rang (1–3)	2010–2014/15	Rang (1–3)	2014/2015–2019e	Rang (1–3)
BIP-Wachstum (% gg. Vorjahr, Durchschnitt)	3,4	1	0,2	3	2,5	2
Inflation (% gg. Vorjahr, Durchschnitt)	13,2	2	8,0	1	13,9	3
Budgetdefizit (% des BIP)	-1,6	1	-4,4	3	-2,3	2
Leistungsbilanz (% des BIP)	-1,8	1	-6,3	3	-2,2	2
Arbeitslosenquote (% , Durchschnitt)	7,0	1	8,7	2	9,1	3
Veränderung Arbeitslosigkeit (über Periode, Prozentpunkte)	1,7	3	0,4	2	-0,6	1
Realzins (% , Durchschnitt)	-4,5	3	-0,2	2	3,4	1
Veränderung Inflationsrate (über Periode, Prozentpunkte)	-4,1	2	2,7	3	-39,2	1
Veränderung Staatsschuldenquote (über Periode, Prozentpunkte)	22,3	2	29,0	3	-9,5	1
Veränderung Auslandsschulden (über Periode, Prozentpunkte)	42,2	3	8,7	2	-14,2	1
Veränderung Nominales BIP (über Periode, Prozentpunkte)	30,4	1	-2,5	3	22,2	2
BIP pro Kopf in Relation zur EU (%)	20,0	1	20,0	1	19,0	2
Veränderung Außenhandel mit Russland (über Periode, Prozentpunkte)	-5,7	2	-2,3	3	-9,0	1
Veränderung Außenhandel mit der EU (über Periode, Prozentpunkte)	0,8	3	1,6	2	7,4	1
Durchschnittliches BIP-Wachstum Russland und EU	4,0	1	1,8	2	1,8	2
<b>Gesamtbewertung (Durchschnitt)</b>		<b>1,9</b>		<b>2,3</b>		<b>1,6</b>

e = Prognose

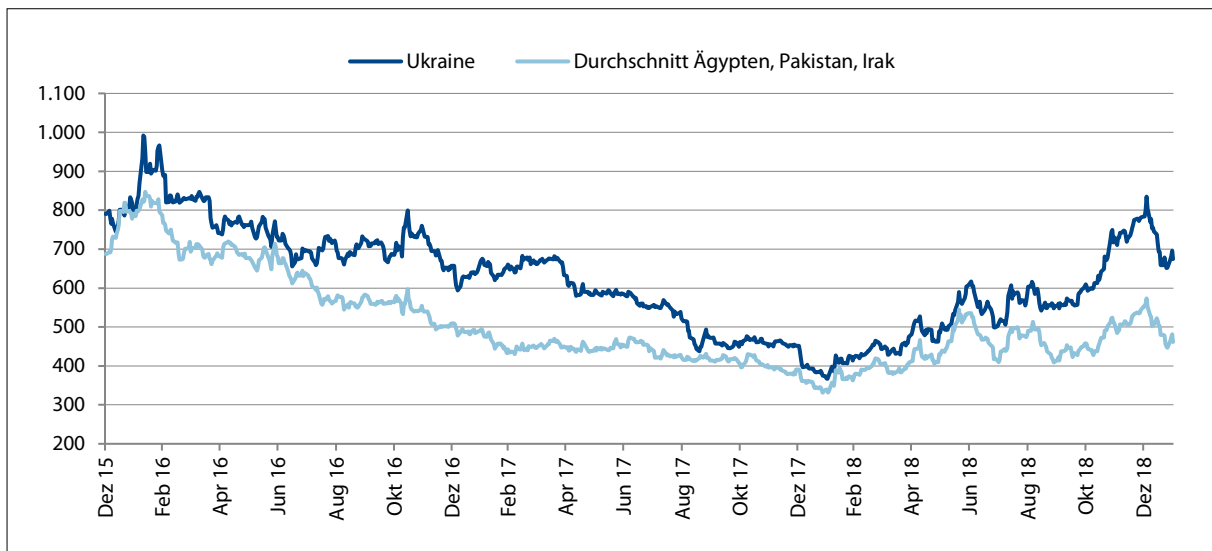
Quelle: nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 1: Entwicklung der Hrywnja im Vergleich zu anderen Emerging-Markets-Währungen

UAH: ukrainische Hrywnja; RUB: russischer Rubel; TRY: türkische Lira; BRL: brasilianischer Real  
Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH

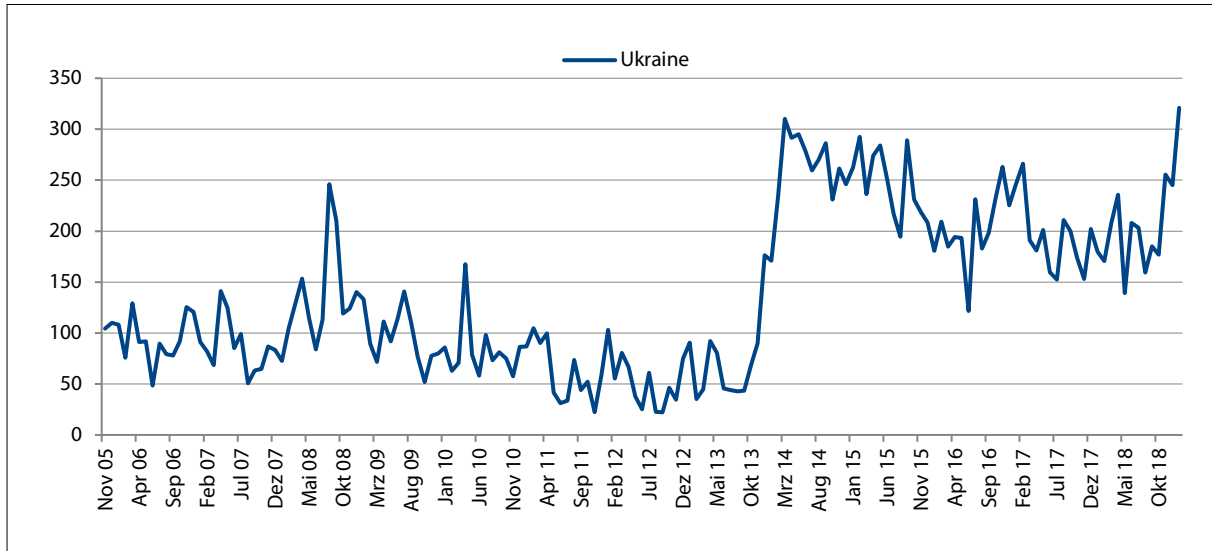
**Grafik 2: Realverzinsung (Leitzins-Inflation, %)**

Quelle: Bloomberg, NBU, RBI/Raiffeisen RESEARCH

**Grafik 3: US-Dollar Renditespread (zu US Staatsanleihen), in Basispunkten**

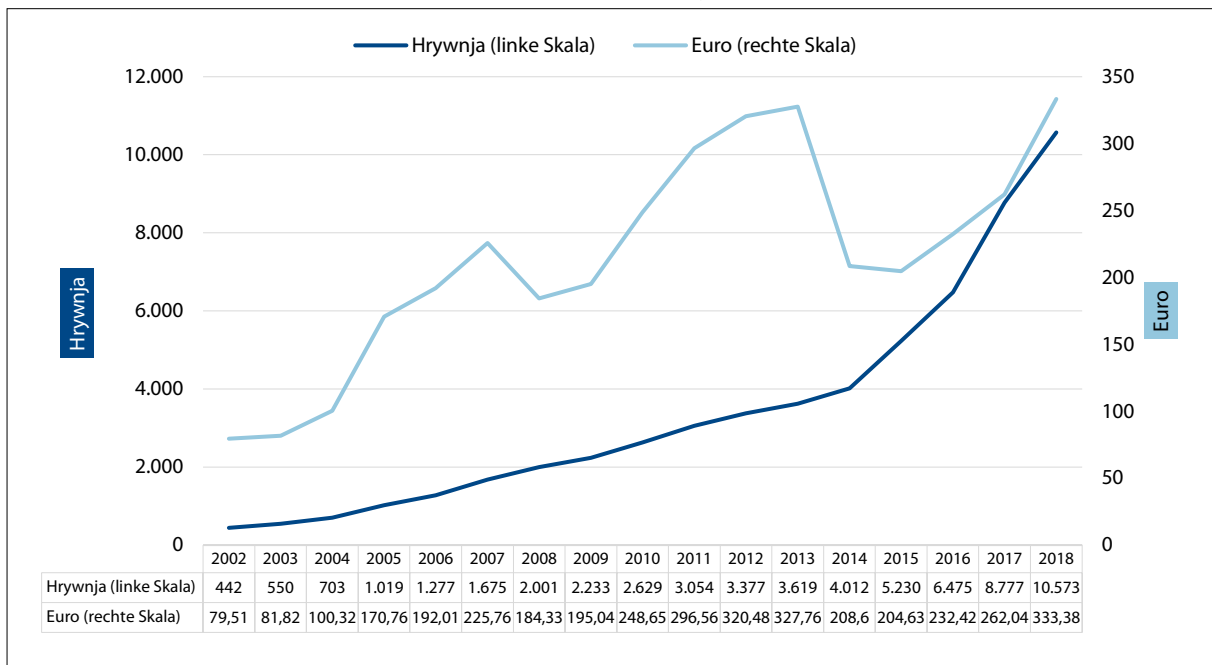
Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH



**Grafik 4: Geopolitischer Risikoindex\* 2005–2018**

\* Akademische Arbeiten dazu und Methoden unter <https://www2.bc.edu/matteo-iacoviello/gpr.htm>

Quelle: »Messung des geopolitischen Risikos«, Dario Caldara und Matteo Lacoviello, RBI/Raiffeisen RESEARCH

**Grafik 5: Entwicklung des Durchschnittslohns von 2002–2018 (jeweils zum Jahresende)**

Quelle: Ukrainisches Statistikamt, [http://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2018/gdn/reg\\_zp\\_m/reg\\_zp\\_m\\_u.xlsx](http://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2018/gdn/reg_zp_m/reg_zp_m_u.xlsx)

## An der Grenze: Krieg und Industriekrise in der Oblast Luhansk

Von Brian Milakovsky (Sjewerodonezk)

### Zusammenfassung

Die angespannte wirtschaftliche Situation der auf Schwerindustrie ausgerichteten Oblast Luhansk im Osten der Ukraine wurde durch den seit 2014 anhaltenden bewaffneten Konflikt im Donbas noch verschärft. Rund 80 Prozent des Territoriums sind von pro-russischen Separatisten besetzt und damit außerhalb der Kontrolle der ukrainischen Zentralregierung. Im Zuge der Kampfhandlungen, der Zerstörung von Infrastruktur und Fabriken sowie infolge einer 2017 verhängten Wirtschaftsblockade und dem faktischen Wegfall des russischen Marktes steht die Region vor immensen wirtschaftlichen und damit sozialen Herausforderungen. Für das von der ukrainischen Regierung kontrollierte Gebiet der Luhansker Oblast fehlt es an einer umfassenden Strategie zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Revitalisierung. In dieser schwierigen Situation finden sich kleine und mittlere Unternehmer besser zurecht, reagieren mit innovativen Lösungen und bieten Perspektiven für die von Krieg und Industriekrise geplagte Region.

### Einleitung

Die Oblast Luhansk war bereits ein sich im Niedergang befindender »Rostgürtel«, noch bevor 2014 russische und separatistische Kräfte 80 Prozent seines Territoriums besetzten. Seither ist durch den bewaffneten Konflikt und den damit einhergehenden Handelskrieg mit Russland die Industrie in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten von Luhansk kontinuierlich weiter geschrumpft.

Die Industrieexporte aus Luhansk belaufen sich auf nur noch sechs Prozent des Volumens von 2013. Die Kohleproduktion ist auf ein Drittel und die Stahlproduktion auf ein Achtel des Volumens der Vorkriegszeit gesunken. Während der ersten drei Kriegsjahre zahlten einige Bergwerke und Fabriken aus den von Separatisten kontrollierten Gebieten noch Abgaben an Kiew und transportierten ihre Waren durch die Ukraine, aber diese wirtschaftliche Verbindung wurde 2017 abrupt gekappt, als Kiew eine inoffizielle Handelsblockade ukrainischer Armeeveteranen unterstützte. Die separatistischen Behörden rächten sich, indem sie alle verbliebenen Unternehmen »verstaatlichten«.

Auch wenn Betriebe in den regierungskontrollierten Gebieten ihre Produktion wieder aufnahmen, konnte das Stromnetz der Region sie nicht ausreichend versorgen. Die Oblast wird durch ein einziges, im Krieg beschädigtes Kraftwerk direkt an der Frontlinie versorgt, dessen Betreiber so hoch verschuldet ist, dass nicht klar ist, wie lange die Stromversorgung der Region gesichert ist.

In dem von den Separatisten kontrollierten Teil der Oblast – der sogenannten »Luhansker Volksrepublik« (LNR) – ist die Situation noch dramatischer. Selbst wohlwollende Beobachter wie der pro-separatistische Journalist Sergej Sakadinsky geben zu, wie schlecht die Aussichten stehen, die Fabriken und Bergwerke wie-

der instand zu setzen, angesichts von wirtschaftlicher Misere, Kriegsschäden, Misswirtschaft durch die neuen Autoritäten und zahlreiche Plünderungen.

Die von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete der Luhansker Oblast sind weit davon entfernt, das Vorzeigebispiel für wirtschaftlichen Aufschwung zu werden, zu dem sie die Regierung gerne machen würde – und daran trägt Kiew eine Mitschuld. Die ukrainische Regierung hat keine Strategie parat, die dem Ausmaß der Krise angemessen ist, und die vielen unterschiedlichen Konzepte haben die Situation noch verschlimmert.

Es gibt aber auch Lichtblicke in diesem düsteren Bild, wie etwa kleine dynamische Unternehmen, die sich an die neuen wirtschaftlichen Bedingungen in Zeiten des Krieges anpassen konnten. Aber sie sollten mit der Bewältigung dieser schwerwiegenden Krise nicht alleine gelassen werden.

### Sjewerodonezk: Gekappte Verbindungen

Vor dem Krieg war die Düngemittelfabrik »Asot« in Sjewerodonezk ein wichtiges Zahnrad innerhalb des sehr profitablen Erdgasimperiums des Oligarchen Dmytro Firtasch. Mittlerweile versteckt sich Firtasch in Wien vor dem Zugriff der amerikanischen und ukrainischen Behörden; seine russischen Gasverträge sind geplatzt. Die ukrainische Düngemittelindustrie, die er nahezu monopolisiert hatte, steht kurz vor dem Kollaps.

Die Schließung der Asot-Anlage wirft einen Schatten auf Sjewerodonezk, die neue Hauptstadt der Luhansker Oblast, seitdem weite Teile dieser Oblast unter Besatzung sind. Die Bewohner der »Stadt der Chemiker« befürchten, dass die Tage der Anlage gezählt sind, und halten ängstlich Ausschau nach schrottbeladenen Lastern, die zum Symbol geworden sind für den Untergang

der Fabriken im Donbas. [Anm. d. Red.: Viele Fabriken, die durch die Kriegshandlungen zerstört wurden oder die Arbeit stoppen mussten, werden im großen Stil in Einzelteile zerlegt, abtransportiert und als Metallschrott weiterverkauft. Mit Schrott beladene Laster gehören daher zum Symbol für den Niedergang der Schwerindustrie in der Region].

Das Schicksal von Asot und seiner 7.000 Mitarbeiter hängt vor allem davon ab, auf welche Seite der konkurrierenden ökonomischen und politischen Interessen sich Kiew stellt. Da ist auf der einen Seite die Chemiewirtschaft, die Schutzzölle gegen russische Düngemittel verlangt, die mit subventioniertem Erdgas hergestellt werden. Auf der anderen Seite stehen die Landwirte, die sich um billige Düngemittel reißen, auch wenn sie vom östlichen Aggressor kommen. Indem Kiew vier Jahre lang zwischen diesen beiden Seiten hin und her lavierte, schuf es eine Instabilität, die sowohl zu Ernteauffällen führte als auch zu Schließungen und Entlassungen bei Azot.

### Rubischne: Klein, aber fein

Industrieriesen wie Asot können auf politische Lösungen für ihre ökonomischen Probleme hoffen. Doch kleine und mittlere Unternehmen in Sjewjerodonezk und dem benachbarten Rubischne genießen diesen Luxus nicht und benötigen ein hohes Maß an Flexibilität und Innovation, um zu überleben. Unter diesen schwierigen Bedingungen konnten sich einige von ihnen beweisen, so wie das Unternehmen »Tana Polymer«, das im Schatten der abgeschalteten Schornsteine von Asot seit Kriegsbeginn zwei neue Produktionsstätten eröffnet hat.

Anders als vor dem Krieg hat Tana heute seinen Kundenstamm nicht nur in Russland. Laut Aussage des Unternehmenschefs Aleksandr Litwinow werden einige der dort gefertigten Kunststoffteile inzwischen selbst in Autos von »Volkswagen« verbaut.

Solche kleineren Unternehmen bieten einen Kontrast zum tiefen Pessimismus der Region. Allerdings müssen viele strukturelle Hürden überwunden werden, damit sie ihr Wachstum beschleunigen und den Stellenabbau bei schwächelnden Riesen wie Asot auffangen können. So ist etwa in der Oblast Luhansk die Versorgung mit Strom so teuer und unzuverlässig wie nirgends sonst in der Ukraine; die Straßen sind extrem schlecht und es ist fast unmöglich, an Bankkredite zu gelangen angesichts der Unsicherheit, die die nur 30 Kilometer entfernte Frontlinie mit sich bringt.

### Lyssytschansk: Von der Wiege ins Grab?

Im benachbarten Lyssytschansk, das im Volksmund auch »Wiege des Donbas« genannt wird, weil dort die

ersten Kohleminen im Russischen Zarenreich entstanden, begann der Niedergang der Industrie schon lange vor dem Krieg. Die Misere der Stadt macht sichtbar, wie komplex die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem ukrainischen Donbas und Russland vor dem Krieg waren – eine aus Sowjetzeit bestehende Mischung aus wechselseitiger Abhängigkeit und beinhardter Konkurrenz.

Im Juni 2013, am Vorabend des Euromaidans, wurde Lyssytschansk von wütenden Protesten erschüttert, weil die meisten Industriebetriebe der Stadt geschlossen worden waren. Die Demonstranten machten russische Oligarchen dafür verantwortlich, die Fabriken kaufen würden, nur um sie direkt zu schließen und so ihre Konkurrenz auszuschalten.

Der Ärger richtete sich auch gegen Politiker der regierenden »Partei der Regionen«, wie den früheren Gouverneur Aleksandr Efremow (derzeit wegen Separatismus vor Gericht). Angeblich trieb er Betriebe in den Bankrott, indem er sie dazu zwang, übersteuertes Erdgas zu kaufen, und dann ihre Vermögen beschlagnahmte, um die entstandenen Schulden zu tilgen.

Heute ist das staatliche Kohleunternehmen von Lyssytschansk der letzte verbliebene Riese in der Stadt, nachdem die rentabelsten Bergwerke in den 2000er Jahren privatisiert und 2014 von den Separatisten übernommen wurden. In einem der vier Werke des Unternehmens läuft die Produktion normal, während die anderen drei Betriebsstätten »in die Steinzeit zurückgekehrt sind«, wie es ein Ingenieur ausdrückt. »Wir holen die Kohle mit Presslufthämmern heraus, wie in den 1930ern.«

Einen Hoffnungsschimmer für das staatliche Kohleunternehmen von Lyssytschansk gibt es: Dazu müsste die Regierung die Kohlekraftwerke umrüsten. Dann könnten sie mit Braunkohle betrieben werden (die es in den regierungskontrollierten Gebieten reichlich gibt), statt wie bisher mit Anthrazit-Kohle, die sich nur auf separatistisch-kontrolliertem Gebiet findet. Es handelt sich hier auch um eine Frage der nationalen Sicherheit: 78 Prozent der ukrainischen Steinkohleimporte stammen aus Russland, seit Kiew 2017 die Handelsblockade gegen die von Separatisten kontrollierten Gebiete verhing.

Versuche des Ministerkabinetts, den Übergang zur Braunkohle anzuordnen, wurden jedoch immer wieder durch politische Schachzüge untergraben. Die letzte Initiative kam zum Erliegen, weil sich in russischer Hand befindende Energieversorgungsunternehmen der Nationalen Energiebehörde das Quorum für die Verabschiedung dieser Politik verweigerten. Das macht deutlich, wie viel Einfluss Russland noch immer auf die ukrainische Wirtschaftspolitik hat.

### Popasna: Warten auf Waggon

Im März 2015 kehrten die Bewohner der kleinen Eisenbahnstadt Popasna aus ihren Kellern zurück, nachdem sie vier Monate lang bombardiert worden waren. Ganze Häuserblöcke hatten keine Fenster mehr und viele Wohnhäuser waren direkt von schwerer Artillerie getroffen worden.

Drei Jahre später wirkt Popasna sauber und aufgeräumt, aber Gebiete am Stadtrand werden immer noch gelegentlich beschossen. So wurden im Mai 2018 zwei Mitglieder einer vierköpfigen Familie getötet und die anderen zwei auf der Intensivstation eingeliefert, als ein nahe gelegenes Dorf unter Beschuss geriet.

Daher ist es überraschend, dass eines der wenigen großen Unternehmen, die in den regierungskontrollierten Gebieten noch tätig sind, seinen Sitz in dieser Stadt direkt an der Front hat: Das »Eisenbahnreparaturwerk Popasna« (PVRZ). Einst war PVRZ fast ausschließlich auf den riesigen russischen Markt ausgerichtet. Doch bereits 2012 änderte Russland seine Politik, setzte auf Importsubstitution und die Aufträge von PVRZ gingen auf ein Zehntel des bisherigen Niveaus zurück.

Als während der schlimmsten Kämpfe 2014–2015 rund 50 Granaten in dem Werk oder in dessen Nähe einschlugen, schrumpfte die Belegschaft von 2.300 auf einen Kern von 800 Mitarbeitern zusammen. »Sie haben unsere Fabrik gerettet«, so Anatolij Netjuchajlo, Direktor von PVRZ. Er ließ die Tore der Fabrik für Mitarbeiter, die fliehen wollten, rund um die Uhr geöffnet, aber viele gewöhnten sich an den Zyklus Montageband/Luftschutzbunker/Montageband.

Heute beschäftigt das Werk 1.200 Mitarbeiter in der 15.000-Einwohner-Stadt. PVRZ hat sich ganz auf den ukrainischen Markt eingestellt und ist bei der Reparatur von Eisenbahnwaggonen voll ausgelastet, aber nur zu einem Drittel bei der Produktion neuer Waggonen. Das Unternehmen ist dringend auf Verträge des staatlichen Eisenbahnbetreibers »Ukralsisnyzja« angewiesen.

Aber ob das Werk in Popasna und ähnliche Fabriken neue Verträge abschließen können, hängt davon ab, ob Kiew den politischen Willen und das Geld aufbringt, um den Güterwaggonbestand von Ukralsisnyzja auszubauen. Rund ein Drittel der ukrainischen Güterwagen sitzen auf der Krim und in den besetzten Gebieten des Donbas fest, und nach eigenen Schätzungen von Ukralsisnyzja sind rund 90 Prozent der Güterwaggonen kaum noch betriebsfähig. Die Metallindustrie und die Bauern klagen über die katastrophalen Transportengpässe, die ihre Produktion und den Export bremsen.

Laut dem Direktor von PVRZ habe sich das Werk an extreme Marktbedingungen angepasst, denen nur wenige Wettbewerber ausgesetzt seien (zeitweise Besat-

zung, Beschuss mit Granaten und ein Beinahe-Kollaps der Logistik). Dennoch erhalte sein Unternehmen, obwohl es eine Art wirtschaftlichen Rettungsschirm für das vom Krieg zerrüttete Popasna darstelle, von Kiew keine besonderen Hilfen, etwa durch Bevorzugung bei Vertragsvergaben, subventionierte Darlehen oder Entwicklungsfinanzierung.

### Schtschastja: das Netz am Laufen halten

Nirgendwo sind die Folgen des Kiewer Politikwandels sichtbarer als im Energiesektor der Oblast Luhansk.

Strom ist ein teures und rationiertes Gut, seit während der schweren Kämpfe im Jahr 2014 die Leitungen, die das Gebiet mit dem nationalen Energienetz verbinden, und das einzige Kraftwerk der Region nahe der Frontlinie in Schtschastja schwer beschädigt wurden. Die 2017 verhängte Handelsblockade verschärfte die Krise, da das Werk auf Steinkohle angewiesen ist, die in den besetzten Gebieten vorkommt und nicht mehr zugänglich ist.

Große Fabriken wie Asot und die Ö Raffinerie Lysytschansk würden die Kraftwerkskapazitäten schnell übersteigen, wenn sie ihre Produktion wiederaufnehmen sollten. Auch vier Jahre nach Ausbruch der Krise sind die Behörden immer noch nicht mit dem Bau einer Stromleitung fertig, die die Oblast durch die benachbarte Oblast Charkiw wieder an das nationale Stromnetz anschließen würde.

Hinzu kommt eine weitere Ebene der politischen Absurdität. Der in Schtschastja produzierte Strom wird an das staatliche Energieversorgungsunternehmen verkauft, das ihn wiederum an die privatisierte Luhansk Energy Company (LEC) weiterverkauft, die den Strom an die Haushalte und Unternehmen liefert. 2014 untersagte das Ministerkabinett dem privaten Energieunternehmen aus humanitären Gründen, den Strom in Luhansk und anderen besetzten Städten abzuschalten, versäumte es aber, LEC dafür zu entschädigen. LEC erhielt nur rund 10 Prozent der Stromgebühren aus den besetzten Gebieten.

LEC-Chef Wladimir Gricaj beschreibt diese Politik als »Finanzierung des Kommunismus in der Luhansker Volksrepublik«. Die Ukraine versorgte die Separatisten mit kostenlosem Strom, die dafür Gebühren von der Bevölkerung einsammelten. Niedrige Energiepreise im sowjetischen Stil waren eines der wichtigsten Propagandathemen der Volksrepublik Luhansk.

Nach Verhängung der Handelsblockade unterbrach Kiew schließlich die Stromzufuhr in die besetzten Gebiete, die ihre Energie jetzt stattdessen aus Russland beziehen. Aber trotz mehrerer Appelle hat sich Kiew bisher geweigert, anzuerkennen, dass die Notlage von LEC – das Unternehmen hat bis heute mehr

als 200 Millionen Dollar Schulden angehäuft – direkte Folge staatlicher Politik war.

Es ist schwer verständlich, dass die Zentralregierung dieses schwelende politische Desaster in der am meisten gefährdeten und vernachlässigten Region der Ukraine so lange ignorieren konnte.

### Fazit

Kiew muss die strukturellen Probleme angehen, die die industrielle Basis der Oblast Luhansk schwächen. Es sollte einen realistischen Plan für das wirtschaftliche Überleben der Region entwickeln, bis einigermaßen Marktnormalität zurückgekehrt ist.

Der erste Schritt besteht darin, die absurde, selbst verschuldete Energiekrise zu lösen, indem die Schulden der LEC eingefroren werden, die es durch die fehlenden Stromzahlungen aus den besetzten Gebieten angehäuft hat. Der Wiederanschluss der Oblast Luhansk an das nationale Stromnetz sollte beschleunigt werden, und die Möglichkeit, das Kraftwerk Schtschastja von Stein auf lokal verfügbare Braunkohle umzustellen, ernsthaft geprüft werden.

Die Regierung sollte einen strategischen Investitionsfonds einrichten, um die »rote Linie« zu kompensieren, die die meisten ukrainischen Banken für die Oblast Luhansk gezogen haben. Dieser Fonds könnte Kredite mit vergünstigten Zinssätzen und verlängerten Laufzeiten an die kleinen und mittleren Betriebe vergeben, die

die größte Flexibilität und das größte Wachstumspotenzial bewiesen haben, aber denen es an Liquidität fehlt.

Aber es wird noch mehr als nur Geld braucht, angefangen bei ein Bewusstseinswandel. In der Ukraine wird viel über die »Entpolitisierung« der Wirtschaft, Marktliberalisierung, die Privatisierung staatlicher Unternehmen und das Ende von marktverzerrenden Subventionen gesprochen. In vielen Fällen ist dieser Ansatz lobenswert, aber es ist nicht klar, ob dieser Laissez-faire-Ansatz auch für eine Region geeignet ist, die unter einem tiefen wirtschaftlichen Schock und unnatürlichen Marktbedingungen leidet.

Wenn es eine echte Industriestrategie für den Donbas gäbe, könnte man eine Reihe von unterstützenden Maßnahmen schaffen für Unternehmen, die unter dem Druck des Krieges und der Wirtschaftskrise leiden, etwa durch eine bevorzugte Behandlung bei Staatsaufträgen (z. B. Güterwaggons in Popasna) oder den Zugang zu subventioniertem ukrainischen Gas. Zumindest könnte eine solche Strategie weitere »Eigentore« wie die verheerende Handelsblockade oder die Stromkrise verhindern.

Nicht jeder traditionelle Industriezweig kann gerettet werden. Aber man kann den Bewohnern dieser vom Krieg zerrütteten Region nicht vorwerfen, dass sie denken, dass es ihre Regierung nicht einmal versucht. Zumindest noch nicht.

*Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Eduard Klein*

### *Über den Autor:*

Brian Milakovsky arbeitet seit 2015 in der Ukraine. Dort ist er im Bereich der humanitären Hilfe tätig und hat sich auf Existenzgrundlagen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau spezialisiert. Zuvor war er in Russland und der Ukraine als Forstökologe tätig. Über die Situation der ukrainischen Wirtschaft in Kriegszeiten hat er u. a. für das Kennan Institute, The National Interest und openDemocracy Russia geschrieben.

## 21. Januar – 10. Februar 2019

21.01.2019	In Jerusalem unterzeichnen der ukrainische Präsident Petro Poroschenko und der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu ein Freihandelsabkommen zwischen beiden Ländern. Das Abkommen muss nun von den Parlamenten beider Länder ratifiziert werden, bevor es offiziell in Kraft tritt. Der bilaterale Handel zwischen der Ukraine und Israel hat ein Volumen von rund 800 Mio. US-Dollar pro Jahr und soll durch das neue Freihandelsabkommen in den kommenden Jahren die Marke von einer Milliarde US-Dollar übersteigen. In den nächsten Monaten wird der Abschluss eines weiteren Freihandelsabkommens zwischen der Ukraine und der Türkei erwartet.
21.01.2019	Bei einer Explosion und einem Feuer auf zwei Gastankern in der Nähe der Straße von Kertsch kommen 20 Besatzungsmitglieder zu Tode. Die Schiffe hatten im russischen Hafen Temrjuk am Asowschen Meer flüssiges Erdgas geladen. Das Unglück soll sich ereignet haben, als Treibstoff zwischen den Tankern umgeladen wurde.
21.01.2019	Die Vereinten Nationen geben neue Zahlen zu den Opfern im Donbass heraus, die laut einer neuen Berechnungsmethode deutlich höher sind, als bisher angenommen. Demnach sollen durch den bewaffneten Konflikt bisher nicht 10.300 Menschen ums Leben gekommen sein, sondern zwischen 12.000 und 13.000.
22.01.2019	Julia Tymoschenko wird offiziell von ihrer Partei »Vaterland« als Präsidentschaftskandidatin nominiert.
24.01.2019	Ein Kiewer Bezirksgericht verurteilt den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch wegen Hochverrats zu einer 13-jährigen Haftstrafe. Da Janukowytsch sich 2014 nach Russland abgesetzt hat, wird die Strafe in Abwesenheit des Verurteilten verhängt.
28.01.2019	Der populäre Musiker Swjatoslaw Wakartschuk gibt bekannt, bei der kommenden Präsidentschaftswahl nicht kandidieren zu wollen. In den vergangenen Monaten war über seine politischen Ambitionen spekuliert worden und mehrere Umfragen sahen ihn zum Teil vor Amtsinhaber Petro Poroschenko.
28.01.2019	Beim Auswahlverfahren der Richter für das neue Antikorruptionsgericht der Ukraine hat eine Gruppe ausländischer Experten, die den Auswahlprozess begleitet und die Kandidaten auf Integrität und ethische Fragen überprüft, gegen 42 der 113 Kandidaten Veto eingelegt. Nun muss die Oberste Qualifizierungskommission aus den verbliebenen 71 Kandidaten mindestens 35 und höchstens 39 Richter auswählen, die Präsident Poroschenko im letzten Schritt innerhalb von 30 Tagen offiziell ernennen muss.
29.01.2019	Der amtierende Präsident Petro Poroschenko gibt seine Präsidentschaftskandidatur für die Wahlen im März offiziell bekannt. Am selben Tag gibt auch Jurij Boiko als Präsidentschaftskandidat für die pro-russische Opposition seine Kandidatur bekannt.
29.01.2019	Im neuen Corruption Perceptions Index 2018 von Transparency International klettert die Ukraine im Vergleich zum Vorjahr um 10 Positionen auf Rang 120.
31.01.2019	Zurab Alasania, Leiter der öffentlichen Fernsehanstalt der Ukraine, kurz »Suspilne«, wird ohne offizielle Nennung von Gründen entlassen. Suspilne, auch bekannt als UA.Pershy, wurde 2015 als regierungsunabhängiger öffentlich-rechtlicher Sender gegründet und ist in 93 Prozent der ukrainischen Haushalte verfügbar. Laut Aussage von Alasania soll ihm vorgeworfen worden sein, nicht genügend Berichte über Präsident Petro Poroschenko gesendet zu haben. Nichtregierungsorganisationen wie das »Institut für Massenmedien« und das »Centre for Democracy and Rule of Law« kritisieren die Entlassung und sehen darin einen Versuch der Zensur im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen Ende März 2019. Als Reaktion bildet sich am 1. Februar die »Gruppe 34«, eine Vereinigung unabhängiger Journalisten, die sich in Anlehnung an Artikel 34 der Verfassung, der die Meinungsfreiheit garantiert, für die Medienfreiheit einsetzt.

31.01.2019	Zwei renommierte Meinungsforschungsinstitute sehen den Komödiant Wolodymyr Selenskyj erstmals auf Platz 1 bei den Umfragen zu den Präsidentschaftswahlen. Die Rating Group sieht ihn mit 19 % vor Julia Tymoschenko (18,2 %) und Petro Poroschenko (15,1 %). In einer anderen Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie, des Razumkow-Zentrums und Socis liegt Selenskyj mit 23 % deutlich vor Poroschenko (16,4 %) und Tymoschenko (15,7 %).
31.01.2019	Laut einer Sprecherin der Zentralbank wurden 2018 insgesamt 11 Milliarden US-Dollar von ukrainischen Arbeitsmigranten zurück in ihre Heimat überwiesen. Das sei ein Anstieg um fast 50 Prozent seit Sommer 2017, als die EU-Visafreiheit in Kraft trat, die Ukrainern einen Aufenthalt in der EU von bis zum 90 Tagen ohne Visum erlaubt und die von vielen für saisonale Arbeit genutzt wird.
03.02.2019	In der Kiewer Sophienkathedrale wird Epiphanius I., Metropolit von Kiew und der ganzen Ukraine, in einer feierlichen Zeremonie zum ersten Oberhaupt der neuen unabhängigen Ukrainischen Orthodoxen Kirche inthronisiert.
04.02.2019	Die Zentrale Wahlkommission gibt bekannt, dass sich insgesamt 89 Personen für die Präsidentschaftswahlen am 31. März 2019 beworben haben. Nach einer Prüfung teilt die Wahlkommission am 8. Februar mit, dass 44 Kandidaten – darunter vier Frauen – zugelassen wurden – so viele wie noch nie.
05.02.2019	Der TV-Sender hromadske berichtet, dass die amtierende Gesundheitsministerin Uljana Suprun per Gerichtsentscheid vorläufig von ihren Ministerpflichten entbunden wird. Hintergrund ist ein laufendes Gerichtsverfahren wegen doppelter Staatsangehörigkeit, die in der Ukraine gesetzlich verboten ist. Westliche Botschaften kritisierten die Entscheidung, da Suprun zu den letzten verbliebenen Reformern im Ministerkabinett zählt und die treibende Kraft hinter einer aktuellen umfassenden Gesundheitsreform ist.
05.02.2019	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet eine Untersuchung wegen Verrats und Separatismus gegen den pro-russischen Politiker Wiktor Medwedtschuk. Hintergrund ist sein Vorschlag, in der Ostukraine eine »Autonome Region Donbas« mit einem eigenständigen Parlament und einer eigenen Regierung zu gründen, die zudem einen Sonderstatus in der Verfassung der Ukraine erhalten soll.
06.02.2019	Der nach Russland geflüchtete Ex-Präsident Wiktor Janukowytsch, der vor wenigen Tagen von einem Kiewer Gericht in Abwesenheit des Hochverrats schuldig gesprochen wurde, gibt in Moskau eine Pressekonferenz und bestreitet die Anschuldigungen: »Das Urteil wurde von den Behörden diktiert, und der Druck auf das Gericht war beispiellos. Der Urteilsspruch hat nichts mit dem Gesetz zu tun. Alles basiert auf Lügen und Hass.«
07.02.2019	Die Ukraine schreibt das Ziel eines Beitritts zur Europäischen Union und zur NATO in die Verfassung. Im Parlament stimmt eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten für die Verfassungsänderung. Präsident Petro Poroschenko spricht von einem »historischen Tag« für das Land.
07.02.2019	Die Werchowyna Rada verabschiedet ein Gesetz, das russischen Staatsangehörigen, die von der Russischen Föderation als offizielle Wahlbeobachter für die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen in der Ukraine ausgewählt wurden, die Teilnahme als Wahlbeobachter verbietet. Am Tag zuvor begann die Wahlbeobachtungsmission der OSZE für die Präsidentschaftswahlen. Unter den etwa 850 Wahlbeobachtern sollen auch zwei russische Wahlbeobachter sein.
07.02.2019	Ein neues Währungsgesetz tritt in Kraft, das das veraltete, seit 1993 gültige Gesetz ablöst und den Devisenhandel liberalisiert. Nach dem neuen Gesetz ist es z. B. möglich, Fremdwährungen wie Dollar und Euro online zu kaufen. Eine Person kann nun bis zu 150.000 Hrywnja oder etwa 5.500 US-Dollar am Tag umtauschen und die Summe, die pro Tag ins Ausland überwiesen werden darf, wird auf 5.500 Euro erhöht. Ausländer können nun einfacher Geld tauschen.

08.02.2019	Im Streit über den Bau der russisch-deutschen Erdgaspipeline »Nord Stream 2« haben sich die EU-Staaten auf einen Kompromiss verständigt. Dieser sieht vor, dass dasjenige EU-Land für eine Pipeline aus einem Drittstaat zuständig ist, in dem die Leitung erstmals das europäische Netz erreicht, in diesem Fall Deutschland. Die Ukraine kritisiert den Bau der Pipeline, weil vermutet wird, dass Russland nach der Fertigstellung den Gas-Transit über die Ukraine zurückfahren könnte, wodurch dem Land jährlich etwa zwei Millionen US-Dollar Transitgebühren entfallen würden.
09.02.2019	Im Zentrum Kiews kommt es zwischen Polizeikräften und Demonstranten der rechten Jugendorganisation »C14«, die gegen die Präsidentschaftsanwärterin Julia Tymoschenko protestieren, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen mehrere Personen verletzt und Dutzenden festgenommen werden.

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein*

*Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

#### Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
 Deutsches Polen-Institut  
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)  
 Chronik: Dr. Eduard Klein  
 Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin  
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH  
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607  
 e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>





# Kostenlose E-Mail-Dienste auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de).

## Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

## Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

## Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

## Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

